

## **Fällt die Sozialpartnerschaft mit der SRG?**

*Ende 2012 läuft der geltende Gesamtarbeitsvertrag bei der SRG-SSR aus. Die Verhandlungen um einen neuen Vertrag laufen offenbar schlecht; Ende April steht die letzte Runde an. Fällt die Sozialpartnerschaft nach dem Printbereich nun auch beim öffentlichen Radio und Fernsehen? Von Helen Brügger*

«Wir verstehen nicht, was los ist», sagt Stephan Ruppen, Zentralsekretär des Schweizer Syndikats Medienschaffender (SSM). «Die Arbeitgeber kommen an den Verhandlungstisch mit der Haltung „Wir hören euch zu, aber es interessiert uns nicht“.» Auch in der Westschweiz herrscht Konsternation. Radio-Sekretärin Valérie Perrin seufzt: «Wir haben den Eindruck, die SRG wolle gar nicht verhandeln, sondern kompromisslos ihre Sparziele durchsetzen.» In Lausanne und Genf demonstrierten am 6. März rund 250 Angestellte von Radio Télévision Suisse für einen neuen GAV. Denn die Verhandlungen zwischen SSM und SRG standen von Anfang an unter einem schlechten Stern. Die SRG will den neuen Vertrag in nur vier Runden unterschriftsreif machen – letzte Runde ist vom 25. bis 27. April, und die Positionen der Verhandlungspartner waren nach den ersten drei Runden noch praktisch dieselben wie zu Beginn der Verhandlungen.

## **SSM will Status quo**

Während das SSM Verständnis dafür hat, dass sich die SRG finanziell konsolidieren will, und rein qualitative Verbesserungen wie mehr Transparenz, Vertragstreue und Fairness fordert - «Wir wären mit einem „Status quo plus“ zufrieden», sagt Ruppen -, sind die Arbeitgeber mit einem massiven Abbaupaket angetreten. Mehr Flexibilität bei weniger Entschädigungen ist das Leitmotiv. «Man wirft uns vor, im Vergleich zu privaten Medien privilegiert zu sein», sagt Willy Knoepfel, Genfer Fernseh-Sekretär. Dieser Vergleich sei absurd: «Die privaten elektronischen Medien sind von der Grösse her nicht vergleichbar, und im Vergleich zu den grossen Printhäusern ist das SRG-Personal viel stärker flexibilisiert.» Wenn schon, findet Knoepfel, müssten die SRG-Arbeitsbedingungen mit denen anderer grosser Service-public-Unternehmen wie Spitäler, SBB oder Schulen verglichen werden. «Bei diesem Vergleich wird klar, dass die SRG sehr durchschnittliche Arbeitsbedingungen bietet.» Die RTS betreibe eine minimalistische Ausbildungspolitik und rekrutiere stattdessen billige und gut ausgebildete Mitarbeitende im europäischen Ausland. Dies, verbunden mit der Monopolsituation der SRG, führe zu einer schädlichen Wettbewerbsverzerrung, die für ein gebührenfinanziertes Unternehmen nicht statthaft sei.

## **Vergleiche zeigen keine Privilegien**

Nun, die Gewerkschaft hat den Vergleich zwischen verschiedenen Gesamtarbeitsverträgen gemacht. Und unter anderem herausgefunden, dass Journalisten und Programmmitarbeitende bei der SRG in der Regel weniger verdienen als das Lehrpersonal an öffentlichen Schulen. Oder dass SRG-Mitarbeitende gleich lange Ferien erhalten wie Migros-Angestellte. Oder dass die Entschädigungen für Nacht- und Sonntagsarbeit bei der SRG tiefer sind als in der Druckbranche. Und wenn

schon die Rede von Privilegien im Vergleich zu den privaten Printmedien die Rede sei: Letztere könnten von gerade fünf Ausnahmebestimmungen im Bereich des Arbeitsschutzgesetzes profitieren, die SRG kenne deren elf; die Flexibilität der SRG-Angestellten sei also bedeutend höher.

### **Immer noch mehr Flexibilität gefordert**

«Wir haben bei der letzten GAV- Runde einer weitgehenden Flexibilisierung zugestimmt, weil wir angemessene Entschädigungen für die unregelmässigen Arbeitszeiten durchsetzen konnten», sagt Ruppen. «Jetzt will die SRG noch mehr Flexibilität und uns gleichzeitig die Entschädigungen dafür streichen. Das geht nun überhaupt nicht mehr auf.»

Die Gewerkschaft stellt sich auf den Standpunkt, dass sich das Abweichen von Arbeitsschutzbestimmungen rechtfertigen lässt, wenn Entschädigungen und Qualität am Arbeitsplatz stimmen. Falls die Arbeitgeber aber dafür kein Gehör hätten, liessen sich auch keine Abweichungen vom Arbeitsgesetz mehr legitimieren: «Und das würde die SRG bedeutend mehr kosten!», so Ruppen. Nach der dritten Verhandlungsrunde sehen die Personalvertreter den Ball bei der SRG liegen, und Valérie Perrin gibt sich kämpferisch: «Die SRG hat die Wahl zwischen zwei Optionen, entweder ein ausgewogener GAV oder Arbeit gemäss Arbeitsgesetz!»

### **Angst vor Defiziten**

Was ist der Grund, dass es beim öffentlichen Radio und Fernsehen, wo bisher in der Regel mit weniger harten Bandagen als in den privaten Printmedien gefochten wurde, zu einer so explosiven Situation kommen konnte? Niemand kann eine schlüssige Antwort geben; «Roger de Weck hat Angst vor Defiziten», versucht Ruppen eine Erklärung. De Weck wolle «eine schwarze Null», um die SRG aus dem Schussfeld der politischen Rechten zu nehmen. «Gerade vor diesem Hintergrund ist es verheerend, dass die SRG die Klischees der SRG-Gegner übernimmt und damit die eigenen Angestellten demontiert.» Auch Valérie Perrin ist enttäuscht: «Roger de Weck hat einiges zu sagen, wenn es um den Service public geht, aber wenn es um die Geschäftsführung geht, ist er offenbar noch unrealistischer als sein Vorgänger.»

EDITO+KLARTEXT hat der SRG die gewerkschaftliche Kritik vorgelegt. Mediensprecher Daniel Steiner wollte zunächst «zu laufenden Verhandlungen nicht Stellung nehmen». Schliesslich erklärte er sich bereit, schriftliche Fragen zu beantworten. Seine Aussagen bestätigen den Eindruck Valérie Perrins: «Ich konstatiere eine vollständig hermetische Haltung der SRG.»

### **Die Argumente der SRG**

*Edito+Klartext: Die SRG geht vom Standpunkt aus, das GAV-Personal sei bei der SRG im Vergleich zu anderen Medienhäusern privilegiert. Das SSM macht aber gel-*

*tend, der Vergleich müsste, wenn schon, mit anderen Service-public-Betrieben gemacht werden, dann stehe die SRG gar nicht so gut da.*

*Daniel Steiner:* Die SRG vergleicht ihre Anstellungsbedingungen regelmässig mit denjenigen anderer Arbeitgeber. Im Vergleich mit anderen Schweizer Medienhäusern bietet die SRG ihren GAV-Mitarbeitenden ein Gesamtpaket aus Lohn, Arbeitszeit (40-Stunden-Woche), Ferien, Zulagen und Zusatzleistungen, welches in vielen Bereichen überdurchschnittlich ist. Auch im Vergleich mit anderen Service-public-Unternehmen bietet die SRG gute und teilweise grosszügigere Anstellungsbedingungen.

*Die SRG ist im Vergleich zu privaten Medienhäusern «privilegiert». Müsste sich das nicht auch im Verhältnis zum eigenen Personal ausdrücken?*

Gerade weil die SRG grösstenteils gebührenfinanziert ist und einen Service-public-Auftrag zu erfüllen hat, ist sie dazu verpflichtet, mit den zur Verfügung gestellten Mitteln wirtschaftlich und verantwortungsvoll umzugehen.

*Ein durchschnittlicher Kaderangestellter verdient bei der SRG rund 20'000 Franken mehr als vor zehn Jahren, während ein durchschnittlicher GAV-Lohn in dieser Zeit stagniert hat. Sollte die SRG bei ihrem Sparprogramm nicht auch bei Kadern und Verwaltungsräten sparen?*

Die Löhne und die Anstellungsbedingungen der Kader sind nicht Gegenstand der GAV-Verhandlungen. Im Übrigen sind die Kaderlöhne der SRG in den vergangenen fünf Jahren prozentual weniger gewachsen als die GAV-Löhne. Auch ist die Differenz zwischen dem tiefsten und dem höchsten Lohn in der SRG 1:11, was ein sehr moderater Wert ist.

*Betreibt die SRG mit ihrem Sparprogramm und der unhinterfragten Übernahme der Platituden von den privilegierten SRG-Angestellten nicht einfach vorseilenden Gehorsam gegenüber der politischen Rechten?*

Das Radio- und Fernsehgesetz verlangt explizit, dass die SRG Mitarbeitende der SRG mit ihren Mitteln wirtschaftlich, zweckgerichtet und nachhaltig umgeht. Parteipolitische Positionen ändern nichts an diesem gesetzlichen Auftrag.

*Würde die SRG einen vertragslosen Zustand in Kauf nehmen? Oder strebt sie einen solchen gar an? Mit welchen Zielen?*

Die Verhandlungen mit dem SSM laufen noch bis Ende April, und das Ziel der SRG ist ganz klar ein neuer GAV. Der Ausgang der Verhandlungen ist offen, wie es Roger de Weck bereits in einem früheren Interview mit Ihrem Magazin (1. März 2011) angedeutet hat: «Wenn es seit Jahr und Tag über den GAV Streit gibt, ist dies ein Indiz, dass es einen gescheiterten GAV geben könnte. Das sage ich im Wissen, dass es zweier Tänzer bedarf, um einen Tango zu tanzen.»

Interview: Helen Brügger